

ENTSCHLIESSUNGSANTRAG

**der Abgeordneten Douglas Hoyos-Trauttmansdorff, Kolleginnen und Kollegen
betreffend Endlich Versprechen umsetzen und nationale Datenstrategie
erstellen**

**eingebracht im Zuge der Debatte in der 249. Sitzung des Nationalrats über
KommAustria-Gesetz und Telekommunikationsgesetz (2419 d.B.) – TOP 9**

Die **Einrichtung der neuen KI-Servicestelle** wurde **überraschend über einen Initiativantrag der Regierungsabgeordneten** ermöglicht (1). Die rechtliche Grundlage der zukünftigen KI-Behörde, die KI-Verordnung, ist bisher nicht einmal auf EU-Ebene angenommen worden. Anstatt eine umfassende Beteiligung durch ein Begutachtungsverfahren zu ermöglichen, wurden unter unbegründetem Zeitdruck rasch noch 700.000 Euro ausgegeben. Diese Vorgehensweise erscheint insbesondere überraschend, da vonseiten der Bundesregierung und vor allem vonseiten des Staatssekretärs Tursky betont wurde, wie wichtig das Thema künstliche Intelligenz ist. Allein deshalb wäre für die Einrichtung einer KI-Servicestelle ein ordnungsgemäßes Begutachtungsverfahren mit der Möglichkeit zur Stellungnahme und einer ernsthaften wirkungsorientierten Folgenabschätzung (WFA) angebracht gewesen. Allgemein ist darauf hinzuweisen, dass diese Begutachtungsfahren samt WFA formal vorgesehen wären, auch wenn sich innerhalb der Regierungsfractionen andere Gewohnheiten breitgemacht haben. Der Zeitdruck scheint sich nur mehr aus dem Terminplan des Staatssekretärs zu ergeben (Gemeinderatswahl in Innsbruck) und weniger einer inhaltlichen Logik zu folgen.

Die **Bundesministerien und ihre nachgelagerten Stellen hüten gewaltige Datenmengen**, die nicht miteinander verknüpft sind, was die Nutzung und Auswertung erheblich erschwert. Dieses Datenchaos stellt einerseits unnötige Hindernisse für die heimische Forschung auf, erhöht Ineffizienz sowie Kosten der öffentlichen Verwaltung und verhindert, dass heimischen Unternehmen ein gewisser Zugang zu anonymisierten öffentlichen Daten eingeräumt wird. Die Organisation öffentlicher Daten ist daher auch essenziell, um eine schnellere Entwicklung und praktische Anwendung von KI-Technologien in Österreich zu ermöglichen. Im Bereich Daten ist in dieser Legislaturperiode leider viel zu wenig passiert, die einzelnen Ministerien sitzen weiterhin auf ihren Datensilos. **Die Erstellung einer nationalen Datenstrategie, die umfassende Verknüpfung von Registerdaten sowie die Umsetzung des Data Governance Acts sind immer noch nicht erfolgt.** NEOS haben in mehreren Entschließungsanträgen 2916/A(E) (2), 3673/A(E) (3) auf die kommenden europäischen Datenräume in diversen Bereichen und auf die Notwendigkeit einer zeitnahen Erarbeitung einer nationalen Datenstrategie hingewiesen.

Das **neue ÖVP-Programm (Österreichplan)** scheint in diesem Bereich **nicht besonders ambitioniert** zu sein. "Öffentliche Daten" bzw. "Registerdaten" und deren Nutzbarmachung werden darin nicht mal erwähnt. Sehr vage steht zu Daten lediglich: "Schaffung eines praxistauglichen rechtlichen Rahmens im Bereich der Datennutzung, des Datenaustausches sowie der Datenverfügbarkeit".

1. <https://www.parlament.gv.at/gegenstand/XXVII/A/3821>
2. <https://www.parlament.gv.at/gegenstand/XXVII/A/2916>
3. <https://www.parlament.gv.at/gegenstand/XXVII/A/3673>

Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher folgenden

ENTSCHLIESSUNGSANTRAG

Der Nationalrat wolle beschließen:

"Die Bundesregierung, insbesondere der Bundesminister für Finanzen, wird aufgefordert, im ersten Quartal 2024 eine nationale Datenstrategie vorzulegen, die angekündigte Verknüpfung von Registerdaten voranzubringen sowie die zentrale Informationsstelle im Rahmen des Data Governance Acts zu benennen."

Reich
(WACHNER)

Horst

Franz
FEDERER

(WERNER)

U. Kuchler
(BEUTENMANN)

